

Academia Iuris - Examenstraining

ZPO-Examinatorium

von

Prof. Dr. Andreas Piekenbrock, Dr. Florian Kienle

1. Auflage

ZPO-Examinatorium – Piekenbrock / Kienle

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Zivilprozess: Gesamtdarstellungen

Verlag Franz Vahlen München 2013

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 3983 0

beck-shop.de

Piekenbrock · Kienle | ZPO – Examinatorium

beck-shop.de

beck-shop.de

ZPO – Examinatorium

von
Professor Dr. jur. Andreas Piekenbrock
Universität Heidelberg
und
Dr. jur. Florian Kienle, LL. M. (N. Y. U.)
Justizministerium Baden-Württemberg

Verlag Franz Vahlen München 2013

beck-shop.de

Zitiervorschlag: *Piekenbrock/Kienle* ZPO-Examinatorium Rn.

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 3983 0

© 2013 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Umschlagkonzeption: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Zivilprozessrecht wird in der Examensvorbereitung ungeachtet seiner großen praktischen Bedeutung ab dem Referendariat oft vernachlässigt. Dies gilt insbesondere im Vergleich zum Lehr- und Lernaufwand etwa für das Straf- oder das Verwaltungsprozessrecht. Dieses Ungleichgewicht wird nunmehr auch bei den Justizprüfungsämtern wahrgenommen. So gewinnt das Zivilprozessrecht einschließlich der Zwangsvollstreckung im Staatsteil der Ersten juristischen Prüfung zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus gibt es an den meisten rechtswissenschaftlichen Fakultäten Schwerpunktbereiche mit zivilprozessualen Inhalten.

Das hiermit vorgelegte Buch soll eine Lücke in der zivilprozessualen Ausbildungsliteratur schließen, indem es sich an den fortgeschrittenen Leserkreis in der Vorbereitung auf die Erste juristische Prüfung wendet. Der dargebotene Stoff beschränkt sich daher auf das, was nach den Prüfungsordnungen der 16 Bundesländer in der Ersten juristischen Prüfung als Pflichtstoff im Zivilprozessrecht verlangt wird. Außerdem wurden bisherige Examensklausuren auf ihre zivilprozessualen Inhalte ausgewertet. Themen wie das Zustellungs-, das Kosten-, das Revisions-, das Beschwerde- und das Schiedsverfahrensrecht werden daher nicht vertieft behandelt. Die Darstellung des Stoffes versteht sich nicht als Einführung, sondern setzt eine vorherige Befassung mit dem Erkenntnisverfahren und der Zwangsvollstreckung sowie gute Grundkenntnisse des Bürgerlichen Rechts und der examensrelevanten Nebengebiete wie dem Arbeits- und dem Gesellschaftsrecht voraus. Ziel der Darstellung ist nicht, den Examensstoff mundgerecht zum *passiven* Konsum zu servieren, sondern das *aktive* zivilprozessuale Denken zu schulen und durch die Herstellung von Querbezügen tiefere Einsichten zu ermöglichen. Dazu wird gelegentlich auf die Prozessrechtsgeschichte, die nationale und die internationale Prozessrechtsvergleichung und das Europäische Zivilprozessrecht zurückgegriffen. Das Ziel dieser Bezugnahmen ist das vertiefte Verständnis der eigenen heutigen Rechtsordnung. Unter diesem Aspekt kann sich die Lektüre auch zur *Vorbereitung* auf das Referendariat lohnen, auch wenn nicht der gesamte Stoff dargeboten wird, der Gegenstand der Zweiten juristischen Staatsprüfung sein kann.

In didaktischer Hinsicht wird der Stoff an vielen kleineren Beispielfällen aufbereitet, die in dieser Form auch Teil einer Examensklausur in der Staats- oder der Universitätsprüfung oder Gegenstand einer mündlichen Prüfung sein könnten. Dabei wurde vielfach auf Originalfälle zurückgegriffen, weil sich Aufgabensteller und Prüfer oft durch die höchstrichterliche Rechtsprechung inspirieren lassen. Zugleich soll durch die Lösung der kleinen Beispielfälle eine stete Befassung mit den examensrelevanten Bereichen des materiellen Zivilrechts erreicht werden. Selbstverständlich kann dieses Buch die gründliche Examensvorbereitung im Bürgerlichen Vermögensrecht nicht ersetzen. Wer es gründlich durcharbeitet, wird aber durch alle fünf Bücher des BGB geführt und mit vielen wesentlichen Rechtsfragen konfrontiert.

Die Nachweise orientieren sich an didaktischen Erfordernissen und erheben daher nicht ansatzweise den Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass möglichst viele Quellen über die einschlägigen Datenbanken »beck-online« und »juris« verfügbar sind. Die deutschen Gesetzesquellen sind bis zurück

beck-shop.de

Vorwort

ins 19. Jahrhundert vollständig in der Datenbank »makrolog« verfügbar. Das Buch befindet sich auf dem Stand von Juli 2013 und berücksichtigt damit die Gesetzgebung bis zum Abschluss der 17. Legislaturperiode.

An der Entstehung des Buches haben außer den Autoren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Lehrstuhl durch Recherchen, kritische Lektüre, die Erstellung der Register und die Hilfe bei der Fahnenkorrektur mitgewirkt. Namentlich genannt seien hier in alphabetischer Reihenfolge Tonio Allendorf, Julia Brüseke, Friederike Dorn, Marc Fuchs, Lisa Herrmann, Michelle Jahn, Thomas Claus Ludwig, Estelle Petiot und Verena Sennwitz. Ihnen allen gebührt unser herzlicher Dank.

Heidelberg, im August 2013

*Andreas Piekenbrock
Florian Kienle*

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	X
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Literaturverzeichnis	XXI
1. Teil. Erkenntnisverfahren	1
A. Einführung	1
I. Ablauf des Verfahrens	1
1. Außergerichtliche Streitschlichtung	1
2. Gerichtliches Erkenntnisverfahren	1
3. Zwangsvollstreckung	3
II. Prozessmaximen und Verfahrensgrundrechte	3
1. Die Dispositionsmaxime	3
2. Der Beibringungsgrundsatz (Verhandlungsgrundsatz)	3
3. Der Mündlichkeitsgrundsatz	5
4. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	6
5. Der Öffentlichkeitsgrundsatz	7
6. Das rechtliche Gehör	8
7. Der gesetzliche Richter	9
8. Richtervorbehalt bei Freiheitsentziehung	10
9. Die Waffengleichheit der Parteien	10
10. Der Beschleunigungsgrundsatz (Konzentrationsmaxime)	10
III. Klage- und Urteilsarten	13
1. Klagearten	13
2. Urteilsarten	15
B. Sachurteilsvoraussetzungen	17
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung	18
II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	18
1. Deutsche Gerichtsbarkeit (§§ 18 ff. GVG)	18
2. Internationale Zuständigkeit	19
3. Ordentlicher Rechtsweg (§§ 13, 17, 17a GVG)	19
4. Örtliche Zuständigkeit	21
5. Sachliche Zuständigkeit (§§ 23, 71 GVG)	31
6. Bindende Verweisung (§ 17a II GVG, § 281)	32
III. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen	33
1. Parteibegriff	33
2. Parteifähigkeit	33
3. Prozessfähigkeit	34
4. Postulationsfähigkeit	34
5. Prozessführungsbefugnis	35
IV. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	37
1. Außergerichtlicher Güteversuch	37
2. Bestimmtheit des Streitgegenstandes (§ 253 II Nr. 2)	37
3. Keine anderweitige Rechtshängigkeit (§ 261 III Nr. 1)	41
4. Keine entgegenstehende Rechtskraft (§§ 322, 705)	43
5. Rechtsschutzbedürfnis	50
V. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	52
1. Objektive Klagehäufung (§ 260)	52
2. Klageänderung (§§ 263, 264)	55
3. Widerklage (§ 33)	57
4. Prozessaufrechnung	60
VI. Präklusion von Prozesseinreden (§§ 267, 282 III, 295, 296 III)	61

C. Mehrheit von Parteien, Parteiwechsel und Drittbeteiligung	63
I. Subjektive Klagehäufung	63
1. Einfache Streitgenossenschaft	63
2. Notwendige Streitgenossenschaft	63
II. Parteiwechsel	66
1. Gesetzlicher Parteiwechsel	66
2. Gewillkürter Parteiwechsel	67
III. Intervention und Streitverkündung	68
D. Prozessuale Sondersituationen	71
I. Erledigung der Hauptsache	71
1. Übereinstimmende Erledigungserklärung (§ 91a)	71
2. Einseitige Erledigungserklärung	72
3. Erledigung vor Rechtshängigkeit	73
II. Die Veräußerung des Streitgegenstandes	74
III. Prozessvergleich	77
IV. Säumnis (§§ 330 ff.)	79
V. Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	82
VI. Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess (§§ 592 ff., 602 ff.)	83
VII. Mahnverfahren (§§ 688 ff.)	86
VIII. Vorlagen an den EuGH	88
E. Beweisrecht	88
I. Darlegungs- und Beweislast	88
II. Beweisbedürftigkeit	92
III. Beweiserhebungs- und -verwertungsverbote	94
IV. Beweisführung	94
V. Beweismittel	95
1. Augenschein	95
2. Urkunden	96
3. Zeugen	98
4. Sachverständige	99
5. Parteivernehmung	99
VI. Beweisaufnahme	101
VII. Beweiswürdigung	102
1. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	102
2. Beweismaß	103
3. Anscheinsbeweis	103
4. Beweisvereitelung	105
F. Rechtsmittel	106
I. Grundlagen des Rechtsmittelrechts	106
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	106
2. Charakteristika eines Rechtsmittels	107
3. Struktur des Rechtsmittelverfahrens	107
4. Ziel eines Rechtsmittels	108
5. Reformatio in peius	111
6. Meistbegünstigungsgrundsatz	111
7. Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	112
II. Berufung	113
1. Wesen der Berufung	113
2. Zulässigkeit	114
3. Begründetheit	115
4. Anschlussberufung	115
5. Entscheidungsformen des Berufungsgerichts	116
2. Teil. Zwangsvollstreckung	119
A. Einführung	119
I. Rechtsnatur der Zwangsvollstreckung	119
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	119
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	119
2. Besonderer Grundrechtsschutz	121

III. Formalisierung	122
IV. Vollstreckungsorgane	124
V. Vollstreckungsvereinbarungen	124
VI. Vollstreckungsimmunität	125
B. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	126
I. Vollstreckungstitel	126
1. Rechtskräftiges oder vorläufig vollstreckbares Endurteil	126
2. Weitere Vollstreckungstitel	127
II. Vollstreckbare Ausfertigung gegen den Schuldner	128
III. Zustellung	132
C. Die Zwangsvollstreckung im Einzelnen	132
I. Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	133
1. Allgemeines	133
2. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	134
3. Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	155
II. Die Vollstreckung wegen sonstiger Forderungen	159
1. Die Vollstreckung wegen der Herausgabe von Sachen	159
2. Die Vollstreckung zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen	161
3. Die Vollstreckung zur Abgabe einer Willenserklärung	163
D. Rechtsschutz im Zwangsvollstreckungsrecht	165
I. Rechtsbehelfe im formalisierten Verfahren	165
1. Erinnerung gegen Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (§ 573)	165
2. Rechtspflegererinnerung (§ 11 II RPflG)	165
3. Klauselerinnerung (§ 732)	166
4. Vollstreckungserinnerung (§ 766)	167
5. Sofortige Beschwerde (§§ 567, 793)	169
6. Grundbuchbeschwerde (§ 71 GBO)	169
II. Klagen außerhalb des formalisierten Verfahrens	170
1. Vollstreckungsabwehrklage (§ 767)	170
2. Titelgegenklage (analog § 767)	176
3. Klauselgegenklage (§ 768)	177
4. Klauselklage (§ 731)	178
5. Drittwiderspruchsklage (§ 771)	178
6. Klage auf bevorzugte Befriedigung (§ 805)	184
III. Vollstreckungsschutz (§ 765a)	185
E. Gläubigeranfechtung	186
F. Einstweiliger Rechtsschutz	190
I. Arrest	190
1. Arrestanordnung	191
2. Arrestvollziehung	192
II. Einstweilige Verfügung	192
1. Verfügungsverfahren	192
2. Verfügungsarten	193
3. Vollziehung der einstweiligen Verfügung	195
III. Schadensersatz	196
3. Teil. Prüfungsschemata	197
A. Sachurteilsvoraussetzungen	197
B. Versäumnisurteil gegen den Beklagten	198
C. Ablauf des Mahnverfahrens	198
D. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	198
E. Vollstreckungsabwehrklage	199
F. Drittwiderspruchsklage	199
4. Teil. Musterakte	201
Sachverzeichnis	229

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Literaturverzeichnis	XXI
1. Teil. Erkenntnisverfahren	1
A. Einführung	1
I. Ablauf des Verfahrens	1
1. Außergerichtliche Streitschlichtung	1
2. Gerichtliches Erkenntnisverfahren	1
3. Zwangsvollstreckung	3
II. Prozessmaximen und Verfahrensgrundrechte	3
1. Die Dispositionsmaxime	3
2. Der Beibringungsgrundsatz (Verhandlungsgrundsatz)	3
3. Der Mündlichkeitsgrundsatz	5
4. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	6
5. Der Öffentlichkeitsgrundsatz	7
6. Das rechtliche Gehör	8
7. Der gesetzliche Richter	9
8. Richtervorbehalt bei Freiheitsentziehung	10
9. Die Waffengleichheit der Parteien	10
10. Der Beschleunigungsgrundsatz (Konzentrationsmaxime)	10
III. Klage- und Urteilsarten	13
1. Klagearten	13
a) Leistungsklagen	13
b) Feststellungsklagen	14
c) Gestaltungsklagen	14
2. Urteilsarten	15
a) Kontradiktorische und Versäumnisurteile	15
b) Anerkenntnis- und Verzichtsurteile	15
c) Sach- und Prozessurteil	15
d) End- und Zwischenurteile	15
e) Unbedingte und bedingte Urteile	17
B. Sachurteilsvoraussetzungen	17
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung	18
II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	18
1. Deutsche Gerichtsbarkeit (§§ 18 ff. GVG)	18
2. Internationale Zuständigkeit	19
3. Ordentlicher Rechtsweg (§§ 13, 17, 17a GVG)	19
4. Örtliche Zuständigkeit	21
a) Allgemeiner Gerichtsstand (§§ 12, 13, 17)	22
b) Besondere Gerichtsstände	23
aa) Gerichtsstand des Erfüllungsorts (§ 29)	23
bb) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung (§ 32)	26
cc) Weitere besondere Gerichtsstände (§§ 20, 21 I, 29c I 1)	28
c) Ausschließliche Gerichtsstände (§§ 24, 29a, 802)	29
d) Zuständigkeitsvereinbarung und rügelose Einlassung (§§ 38, 39, 40)	30
5. Sachliche Zuständigkeit (§§ 23, 71 GVG)	31
6. Bindende Verweisung (§ 17a II GVG, § 281)	32
III. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen	33
1. Parteibegriff	33
2. Parteifähigkeit	33

3. Prozessfähigkeit	34
4. Postulationsfähigkeit	34
5. Prozessführungsbefugnis	35
a) Gesetzliche Prozessführungsbefugnis/Prozessstandschaft	35
b) Gewillkürte Prozessstandschaft	36
IV. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	37
1. Außergerichtlicher Güteversuch	37
2. Bestimmtheit des Streitgegenstandes (§ 253 II Nr. 2)	37
3. Keine anderweitige Rechtshängigkeit (§ 261 III Nr. 1)	41
4. Keine entgegenstehende Rechtskraft (§§ 322, 705)	43
a) Grundsatz »ne bis in idem«	43
b) Objektive Grenzen der Rechtskraft	44
c) Subjektive Grenzen der Rechtskraft	45
aa) Erstreckung auf den Einzelrechtsnachfolger	46
bb) Spezialgesetzliche Rechtskrafterstreckung	47
d) Zeitliche Grenzen der Rechtskraft	49
e) Überwindung der Rechtskraft	49
5. Rechtsschutzbedürfnis	50
V. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	52
1. Objektive Klagehäufung (§ 260)	52
2. Klageänderung (§§ 263, 264)	55
3. Widerklage (§ 33)	57
4. Prozessaufrechnung	60
VI. Präklusion von Prozesseinreden (§§ 267, 282 III, 295, 296 III)	61
C. Mehrheit von Parteien, Parteiwechsel und Drittbeteiligung	63
I. Subjektive Klagehäufung	63
1. Einfache Streitgenossenschaft	63
2. Notwendige Streitgenossenschaft	63
II. Parteiwechsel	66
1. Gesetzlicher Parteiwechsel	66
2. Gewillkürter Parteiwechsel	67
III. Intervention und Streitverkündung	68
D. Prozessuale Sondersituationen	71
I. Erledigung der Hauptsache	71
1. Übereinstimmende Erledigungserklärung (§ 91a)	71
2. Einseitige Erledigungserklärung	72
3. Erledigung vor Rechtshängigkeit	73
II. Die Veräußerung des Streitgegenstandes	74
III. Prozessvergleich	77
IV. Säumnis (§§ 330 ff.)	79
V. Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	82
VI. Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess (§§ 592 ff., 602 ff.)	83
VII. Mahnverfahren (§§ 688 ff.)	86
VIII. Vorlagen an den EuGH	88
E. Beweisrecht	88
I. Darlegungs- und Beweislast	88
II. Beweisbedürftigkeit	92
III. Beweiserhebungs- und -verwertungsverbote	94
IV. Beweisführung	94
V. Beweismittel	95
1. Augenschein	95
2. Urkunden	96
3. Zeugen	98
4. Sachverständige	99
5. Parteivernehmung	99
VI. Beweisaufnahme	101
VII. Beweiswürdigung	102
1. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	102

2. Beweismaß	103
3. Anscheinsbeweis	103
4. Beweisvereitelung	105
F. Rechtsmittel	106
I. Grundlagen des Rechtsmittelrechts	106
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	106
2. Charakteristika eines Rechtsmittels	107
3. Struktur des Rechtsmittelverfahrens	107
4. Ziel eines Rechtsmittels	108
a) Beschwer	108
b) Beseitigung der Beschwer	110
5. Reformatio in peius	111
6. Meistbegünstigungsgrundsatz	111
7. Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	112
II. Berufung	113
1. Wesen der Berufung	113
2. Zulässigkeit	114
3. Begründetheit	115
4. Anschlussberufung	115
5. Entscheidungsformen des Berufungsgerichts	116
2. Teil. Zwangsvollstreckung	119
A. Einführung	119
I. Rechtsnatur der Zwangsvollstreckung	119
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	119
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	119
2. Besonderer Grundrechtsschutz	121
III. Formalisierung	122
IV. Vollstreckungsorgane	124
V. Vollstreckungsvereinbarungen	124
VI. Vollstreckungsimmunität	125
B. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	126
I. Vollstreckungstitel	126
1. Rechtskräftiges oder vorläufig vollstreckbares Endurteil	126
2. Weitere Vollstreckungstitel	128
II. Vollstreckbare Ausfertigung gegen den Schuldner	128
III. Zustellung	132
C. Die Zwangsvollstreckung im Einzelnen	132
I. Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen	133
1. Allgemeines	133
a) Sachaufklärung	133
b) Erfüllung in der Zwangsvollstreckung	133
2. Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	134
a) Pfändungspfandrecht	135
aa) Prioritätsprinzip	135
bb) Pfandrechts-theorien	135
b) Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen	140
aa) Gewahrsam des Schuldners	140
bb) Unpfändbare Sachen	141
cc) Grenzen der Sachpfändung	143
c) Zwangsvollstreckung in Forderungen und sonstige Vermögensrechte	143
aa) Zwangsvollstreckung in Forderungen	144
bb) Zwangsvollstreckung in sonstige Vermögensrechte	152
cc) Vorpfändung	155
3. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	155
a) Allgemeines	155
b) Zwangsversteigerung	156

aa) Übernahmeprinzip	156
bb) Mindestgebote	158
II. Die Vollstreckung wegen sonstiger Forderungen	159
1. Die Vollstreckung wegen der Herausgabe von Sachen	159
2. Die Vollstreckung zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen	161
3. Die Vollstreckung zur Abgabe einer Willenserklärung	163
D. Rechtsschutz im Zwangsvollstreckungsrecht	165
I. Rechtsbehelfe im formalisierten Verfahren	165
1. Erinnerung gegen Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (§ 573)	165
2. Rechtspflegererinnerung (§ 11 II RPfG)	165
3. Klauselerinnerung (§ 732)	166
a) Statthaftigkeit und Zulässigkeit	166
b) Begründetheit	166
4. Vollstreckungserinnerung (§ 766)	167
a) Statthaftigkeit und Zulässigkeit	167
b) Begründetheit	168
5. Sofortige Beschwerde (§§ 567, 793)	169
6. Grundbuchbeschwerde (§ 71 GBO)	169
II. Klagen außerhalb des formalisierten Verfahrens	170
1. Vollstreckungsabwehrklage (§ 767)	170
a) Statthaftigkeit und Zulässigkeit	171
b) Begründetheit	172
2. Titelgegenklage (analog § 767)	176
3. Klauselgegenklage (§ 768)	177
4. Klauselklage (§ 731)	178
5. Drittwiderspruchsklage (§ 771)	178
a) Statthaftigkeit und Zulässigkeit	179
b) Begründetheit	180
aa) Veräußerung hinderndes Recht	180
bb) Einwand der unzulässigen Rechtsausübung	183
c) Ansprüche bei Verwertung schuldnerfremder Sachen	183
6. Klage auf bevorzugte Befriedigung (§ 805)	184
III. Vollstreckungsschutz (§ 765a)	185
E. Gläubigeranfechtung	186
F. Einstweiliger Rechtsschutz	190
I. Arrest	190
1. Arrestanordnung	191
2. Arrestvollziehung	192
II. Einstweilige Verfügung	192
1. Verfügungsverfahren	192
2. Verfügungsarten	193
3. Vollziehung der einstweiligen Verfügung	195
III. Schadensersatz	196
3. Teil. Prüfungsschemata	197
A. Sachurteilsvoraussetzungen	197
B. Versäumnisurteil gegen den Beklagten	198
C. Ablauf des Mahnverfahrens	198
D. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	198
E. Vollstreckungsabwehrklage	199
F. Drittwiderspruchsklage	199
4. Teil. Musterakte	201
Sachverzeichnis	229